

Politische Bildung im Grätzel



Mitten in Hernals

Unser Grätzel, unsere Heimat!

Verein **Mitten** in Hernals

Gschwandnergasse 59 | 1170 Wien

Web: www.mitteninhernals.at | Mail: verein@mitteninhernals.at

Zielsetzung Politische Bildung



Mitten in Hernals

Ziele und Aufgaben der politischen Bildung

politisches Engagement

Das muss jede/jeder selbst tun

selbständiges Urteil

Unsere Abende bieten

Verständnis für Politik

Grundwissen vermitteln

mündiger Bürger



Mitten in Hernals

Teil 2

**Warum zahlen wir Steuern
und
was macht der Staat damit?**



Inhaltsübersicht

- Was sind Steuern?
- Welche Arten von Steuern gibt es?
- Woher kommt die Idee der progressiven Steuer?
- Wie viel Steuern zahlen wir?
- Was bleibt beim Bund, was geht an Länder und Gemeinden?
- Was macht der Staat mit den Steuern?
- Wie entwickeln sich die Ausgabenbereiche?
- Bei wem kommt was von den Ausgaben an?
- Was wäre, wenn wir weniger Steuern zahlen würden?



Mitten in Hernals

Teil 2

Warum zahlen wir Steuern
und
was macht der Staat damit?

Was sind Steuern?



Mitten in Hernals

Diebstahl

**Zwangsbeitrag
aller zum
Gemeinwohl**

**Finanzielle Basis
für staatliche
Leistungen**

**Grundlage der
Gerechtigkeit**

**Notwendiges
Übel**

**Steuern
vermeiden
Armut im Alter
oder bei
Krankheit**

**Was hilft es Dir, damit zu
prahlen, dass Du ein freies
Menschenkind?
Musst du nicht pünktlich
Steuern zahlen, obwohl sie Dir
zuwider sind?**

Wilhelm Busch

**Der effizienteste
Weg der
Staatsfinanzierung**

Welche Arten von Steuern gibt es?



Mitten in Hernals

- **Verbrauchssteuern**
 - Sie zählen zu den ältesten Steuern und sind mit dem einmaligen Verbrauch verknüpft (Salzsteuer, Biersteuer, Alkoholsteuer, Tabaksteuer, Mineralölsteuer, andere Energieverbrauchsabgaben)
- **Verkehrssteuern**
 - Grunderwerbssteuer, Börsenumsatzsteuer, Versicherungssteuer, Wettsteuer, Feuerschutzsteuer
- **Grundsteuer**
 - Ebenfalls eine sehr alte Steuer (Objektsteuer), Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftlichen und Grundsteuer B für sonstigen Grundbesitz (Bemessungsgrundlage Einheitswert, Hebesatz unterschiedlich auf Gemeindeebene)
- **Lohn- und Einkommenssteuer**
 - Steuern auf das (inländische und ausländische) Einkommen natürlicher Personen, Selbständige zahlen Einkommenssteuer, alle anderen Lohnsteuer (inkl. Pensionisten) mit gleichen Steuertarifen
- **Umsatzsteuer**
 - Steuer auf Warenlieferungen und Dienstleistungen von Unternehmen, müssen Unternehmungen abführen (Vorsteuern können abgezogen werden, daher nur wirksam beim Endverbraucher), NOVA als Sonderform
- **Vermögenssubstanz und Vermögensertragssteuern**
 - Erbschaftssteuer, allgemeine Vermögenssteuer, Kfz-Steuer, Hundesteuer und Kapitalertragssteuer, Wertpapiervermögenszugewinn- und Immobilienwertzugewinnsteuer

Unterschied Steuern und Gebühren?



Mitten in Hernals

Steuern sind Geldleistungen an den Staat (Bund, Länder und Gemeinden), die keine Gegenleistung für eine spezifische Leistung des Staates darstellen, sondern der allgemeinen Staatsfinanzierung dienen. Steuern dienen nicht einem bestimmten Zweck (Ausnahmen gibt es etwa bei der Mineralölsteuer oder anderen Zwecksteuern).

Gebühren wiederum sind spezifische Beiträge an den Staat, die mit einer besonderen Gegenleistung verbunden sind, wie etwa Wassergebühren (gewähren einen Anspruch auf Trinkwasser in einer bestimmten Qualität), Müllentsorgungsgebühren (gewähren einen Anspruch auf eine regelmäßige Abholung der Müllbehälter) oder Abwassergebühren (gewähren einen Anspruch auf eine funktionierende Kanalisation). Wichtige Gebühren sind auch noch Stempelgebühren für bestimmte Dienstleistungen von Behörden wie Führerscheingebühr oder Passgebühr. Weitere Gebühren sind etwa Mautgebühren für die Benutzung von bestimmten Straßen (Mautstraßen) oder Straßenarten (Autobahnvignette).

Sozialabgaben sind Versicherungsbeiträge, die eine Absicherung gegenüber Risiken (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfallfolgen oder Alter) darstellen.

Welche Sozialabgaben gibt es?



Mitten in Hernals

- **Krankenversicherung**

- Unselbständige, Selbständige, Arbeitslose, Pensionsempfänger, sonstige Versicherte bezahlen Beiträge. Bei den Unselbständigen auch die Arbeitgeber. Pensions- und Unfallversicherung leisten ebenfalls Beiträge. Die Krankenversicherung bezahlt ambulante und stationäre Pflege, ärztliche Hilfe, Heilmittel und Heilbehelfe, Krankengeld, Zahnbehandlung, Rehabilitation, Mutterschaftsleistungen und Hauskrankenpflege etc.

- **Pensionsversicherung**

- Neben den Beiträgen der Versicherten (Unselbständige, Selbständige, Arbeitslose und sonstige Versicherte) gibt es einen wesentlichen Beitrag des Staates zur Pensionsversicherung über die Ausfallhaftung (2017 EUR 6,264 Mrd.). Pensionsversicherung bezahlt Pensionen und auch Beiträge für Rehabilitation und Krankenversicherung.

- **Unfallversicherung**

- Unfallversicherung wird von den Unternehmungen bezahlt. Die Unfallversicherung bezahlt für Unfallrenten, Unfallheilbehandlung, Unfallverhütung, Rehabilitation, Beitrag zur Krankenversicherung bei Unfallrentnern.

- **Arbeitslosenversicherung**

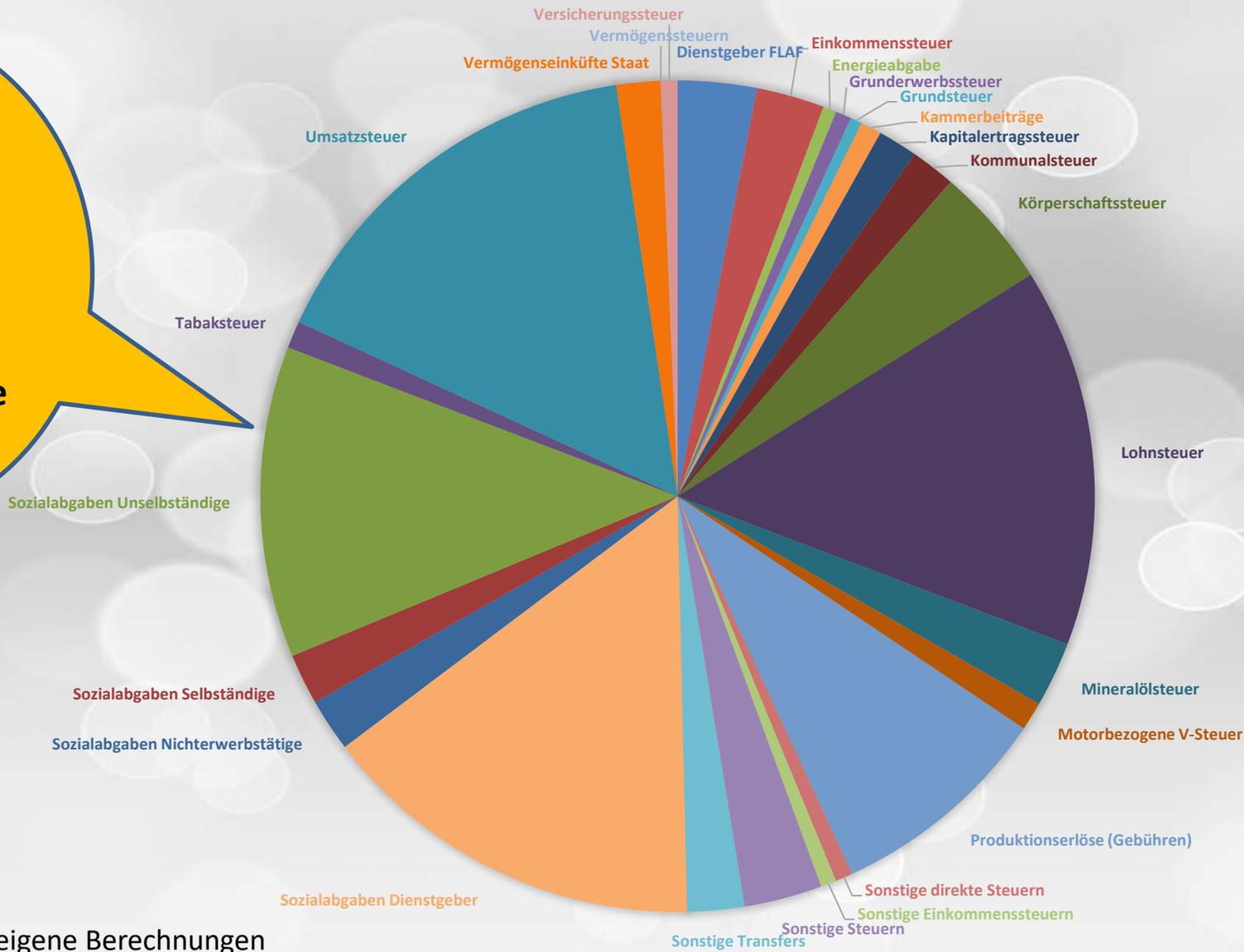
- Pflichtversichert sind Arbeitnehmer (außer geringfügig Beschäftigte), Lehrlinge, Heimarbeiter und freie Dienstnehmer. Selbständige können sich wahlweise gegen Arbeitslosigkeit versichern. Bezahlt wird von der Arbeitslosenversicherung das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe.

Steuern, Gebühren & Abgaben 2017



Mitten in Hernals

**Größte Brocken:
Umsatzsteuer,
Lohnsteuer,
Sozialabgaben
Unselbständige
und Dienstgeber,
Produktionserlöse
(Gebühren)**



Wer zahlt Steuern und Abgaben?



Mitten in Hernalds

- **Indirekte Steuern**

- Fast alle Bewohner einer Staats zahlen indirekte Steuern. Wenn ein Kind ein Eis kauft oder einen Schlecker, dann fällt Umsatzsteuer an. Bei Wohnungsmieten, manchen Lebensmitteln oder Arzneimitteln gibt es eine reduzierte Umsatzsteuer. Bei bestimmten Produkten wie Bier, stärkeren Alkoholika oder Rauchwaren gibt es zusätzlich besondere Verbrauchssteuern. Wer sein Auto mit Benzin oder Diesel tankt, der zahlt etwa Mineralölsteuer.

- **Direkte Steuern**

- Jeder unselbstständig Beschäftigte zahlt ab einer bestimmten Bezugshöhe Lohnsteuer und jeder Unternehmer, Bauer oder Selbständige zahlt ab einer bestimmten Einkommenshöhe die Einkommenssteuer. Vermögens- und Vermögensertragssteuern sowie Grundsteuer oder Körperschaftsteuer werden ebenfalls als direkte Steuern angesehen.

- **Gebühren**

- Gebühren zahlt jeder Mieter, Wohnungs- oder Hauseigentümer unabhängig von seinem Einkommen. Das gilt auch für die Nutzung von bestimmten Straßen oder für die Ausstellung eines Passes.

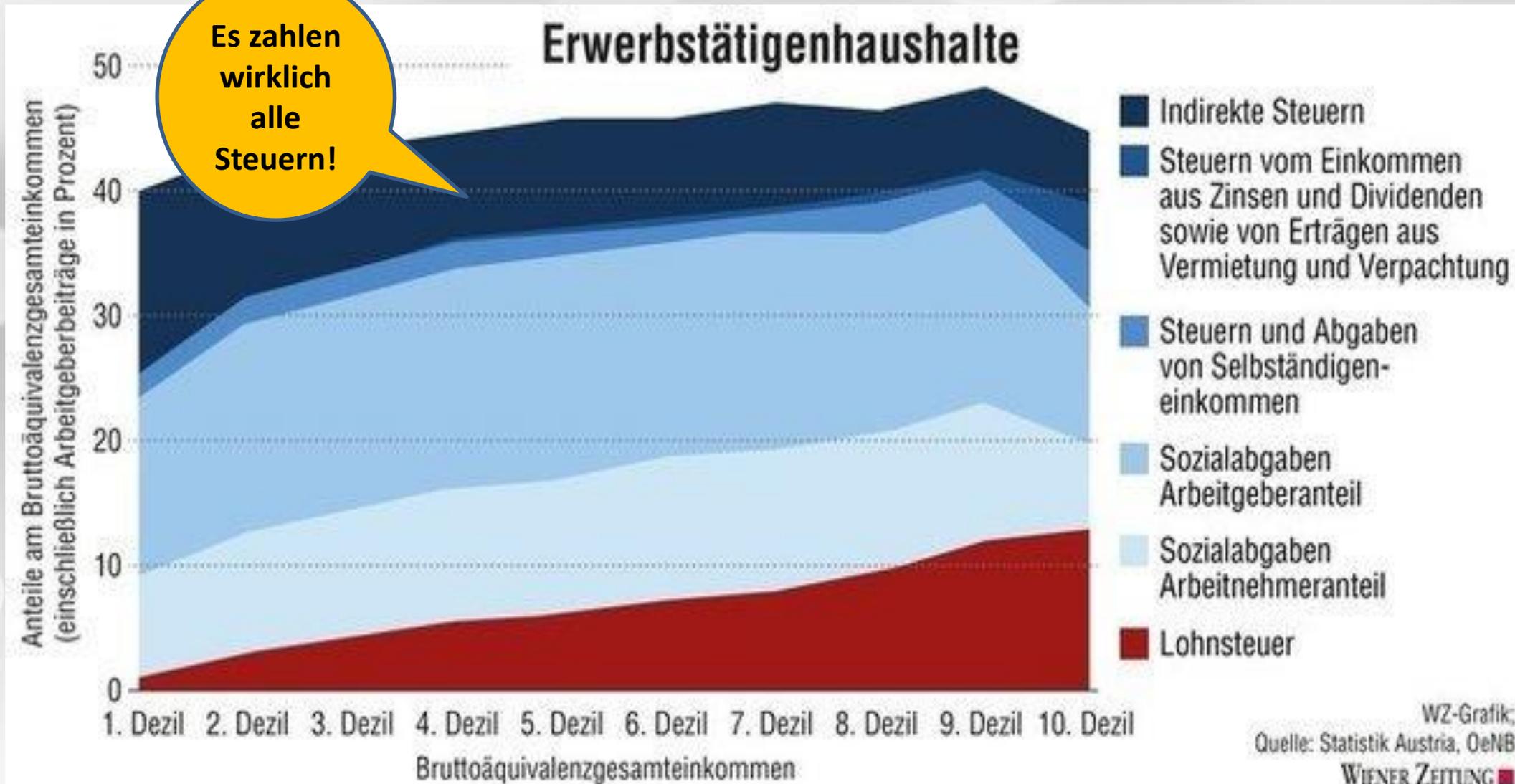
- **Sozialabgaben**

- Unselbstständig Beschäftigte sowie deren Dienstgeber zahlen den Löwenanteil. Zudem zahlen auch noch Unternehmer, Bauern und Selbständige in ihre Versicherungen ein. Sozialabgaben haben durchwegs niedrigere Grenzbeträge beim Einkommen.

Zahlen nur die Reichen Steuern?



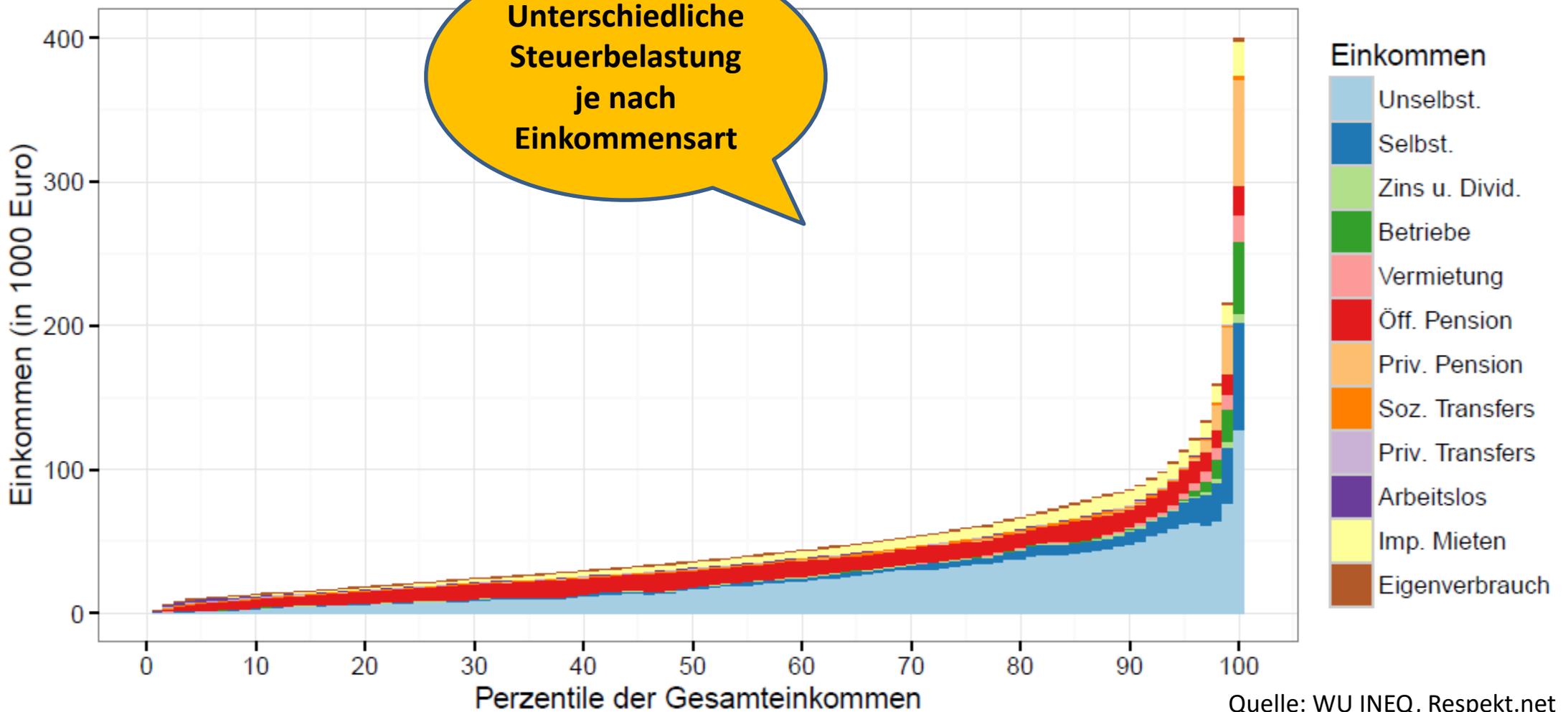
Mitten in Hernals



Steuern & Einkommen hängen zusammen



Mitten in Hernals

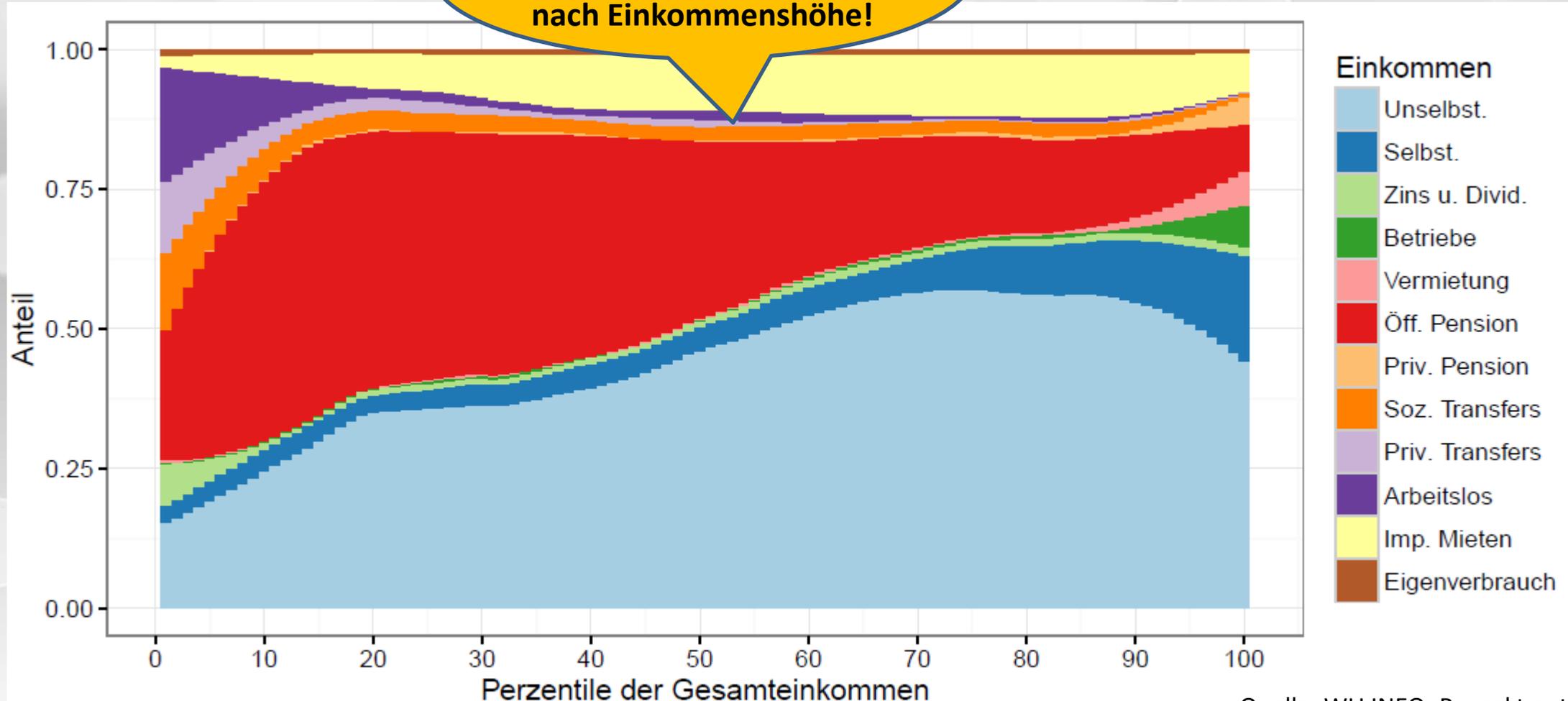


Einkommenszusammensetzung



Mitten in Hernals

Unterschiedliche
Einkommensarten je
nach Einkommenshöhe!



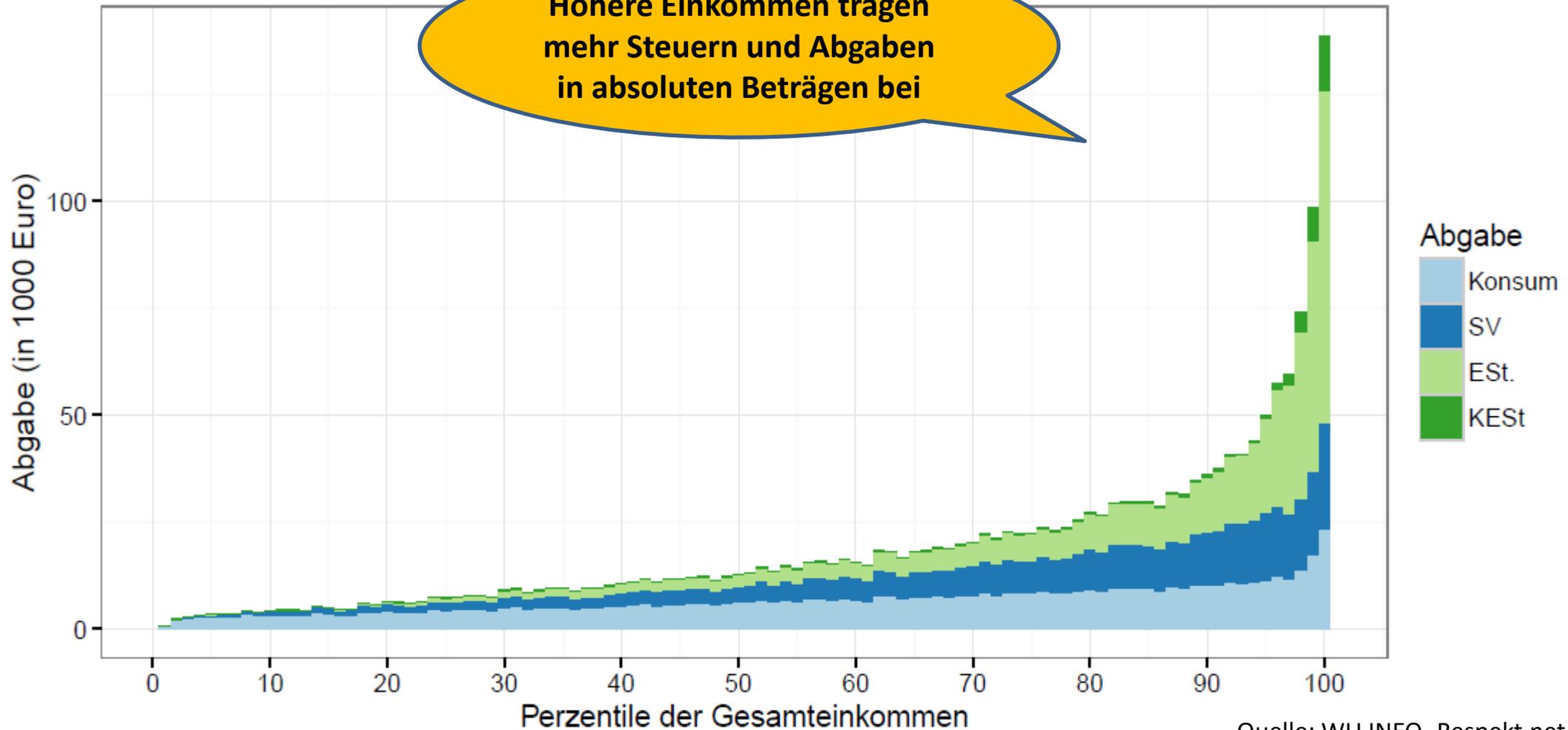
Quelle: WU INEQ, Respekt.net

Steuerleistung steigt mit Einkommen



Mitten in Hernals

Höhere Einkommen tragen mehr Steuern und Abgaben in absoluten Beträgen bei



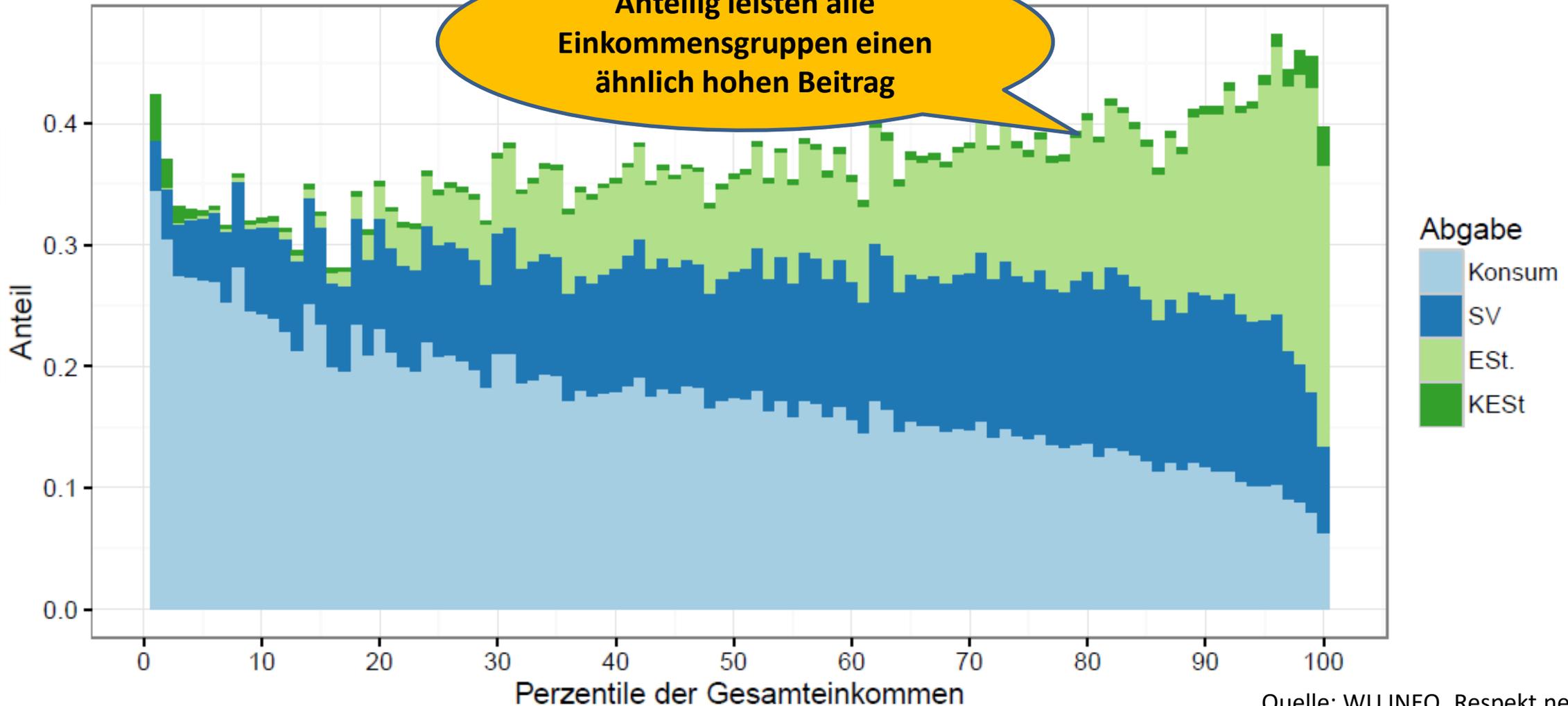
Quelle: WU INEQ, Respekt.net

Anteilige Steuerleistung ähnlich



Mitten in Hernals

Anteilig leisten alle Einkommensgruppen einen ähnlich hohen Beitrag



Quelle: WU INEQ, Respekt.net

Kopfsteuer oder progressive Steuer?



Mitten in Hernals

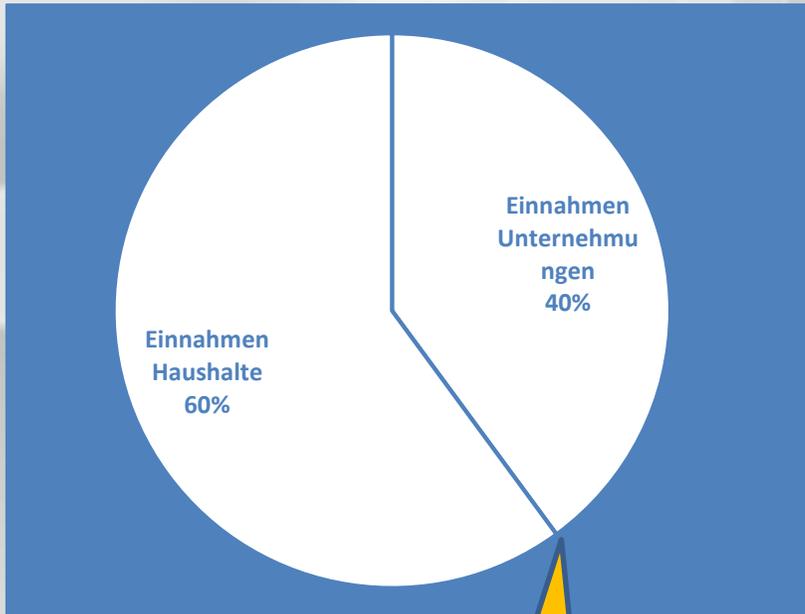
- Kopfsteuer
 - Eine gleich hohe Kopfsteuer für jeden Erwachsenen ab 18 Jahren wäre relativ einfach einzuheben. Sie gilt aber gemeinhin als ungerecht und nicht durchsetzbar. Hohe Einkommen wären anteilig deutlich geringer belastet als geringe Einkommen.
 - Radikal wirtschaftsliberale Gruppen bringen Kopfsteuern immer wieder in Diskussion. Meist weisen diese Gruppen sehr vermögende Sponsoren mit entsprechender Interessenslage auf.
- Progressive Steuer
 - Das Konzept der progressiven Besteuerung ist bereits sehr alt. 1798 wurde es in Großbritannien und 1893 in Deutschland eingeführt. 1913 folgten die USA. Nach 1918 wurde die progressive Einkommenssteuer zur üblichen Norm.
 - Die progressive Besteuerung basiert auf dem Leistungsfähigkeitsprinzip. Das besagt, dass jeder nach Maßgabe seiner individuellen ökonomischen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung staatlicher Leistungen beitragen soll.
 - Während früher neben der Lohn- und Einkommenssteuer viele weitere Steuern progressiv ausgestaltet waren (inkl. Grundsteuer, Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer und Körperschaftsteuer), sind viele Steuern mittlerweile mit einheitlichen Sätzen versehen (Grundsteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalertragssteuer) oder abgeschafft worden (Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer).

Wer trägt wie viel 2017 bei?



Mitten in Hernals

Einnahmen nur nach HH und Unternehmungen

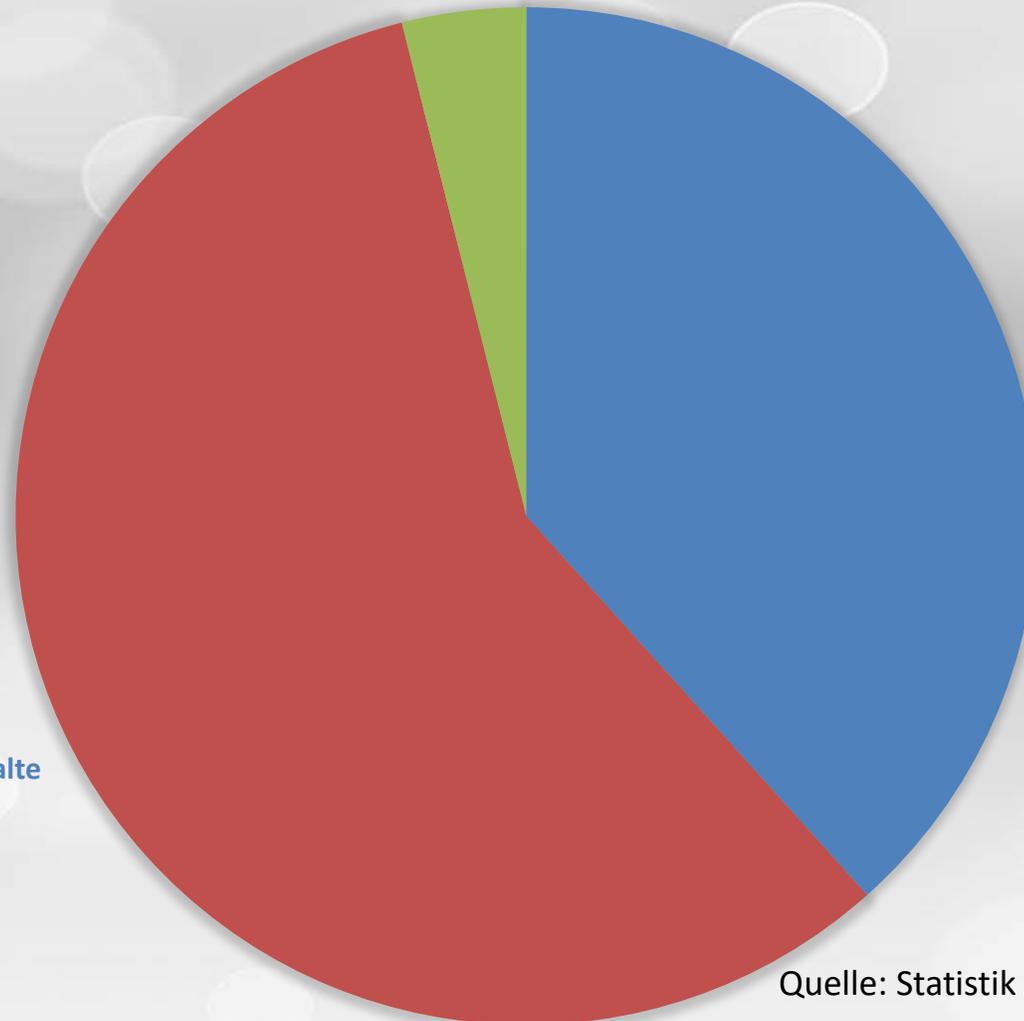


Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Einnahmen Haushalte (58%)

60% : 40%

Einnahmen neutral (4%)



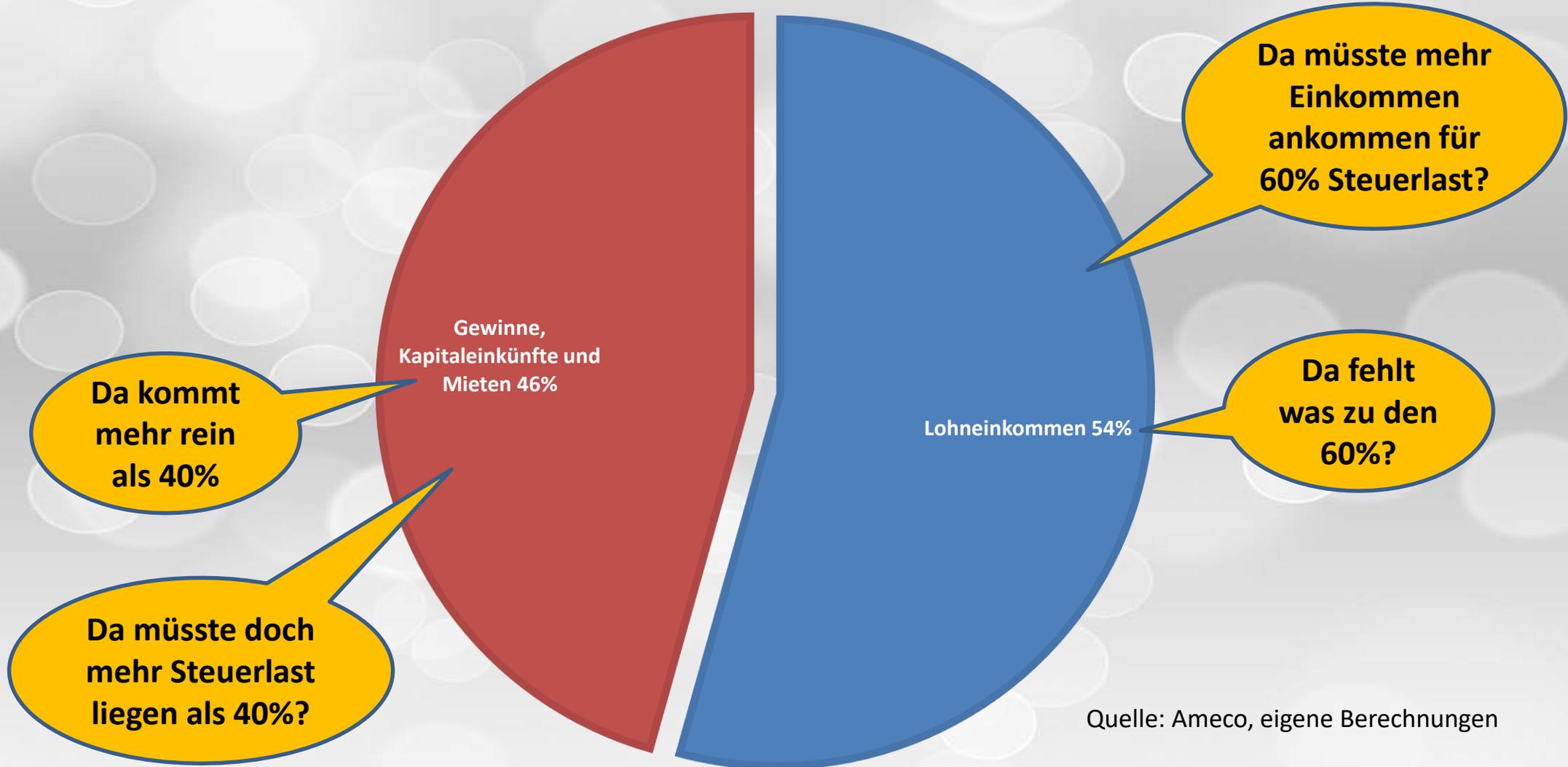
Einnahmen Unternehmungen (38%)

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Aufteilung Volkseinkommen 2017



Mitten in Hernals



Quelle: Ameco, eigene Berechnungen

Finanzausgleich zur Geldverteilung



Mitten in Hernals

Über den Finanzausgleich (FAG) werden jene Steuereinnahmen, die der Bund einhebt, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt. Dabei geht es um fast 90 Milliarden Euro pro Jahr, von denen die Gemeinden rund 12 % erhalten, die so genannten „Ertragsanteile“. Die Bundesländer, die keine Steuern einheben, bekommen ungefähr den doppelten Prozentsatz. Nicht Teil des Finanzausgleichs sind Gebühreneinnahmen (Produktionserlöse) und Sozialabgaben.

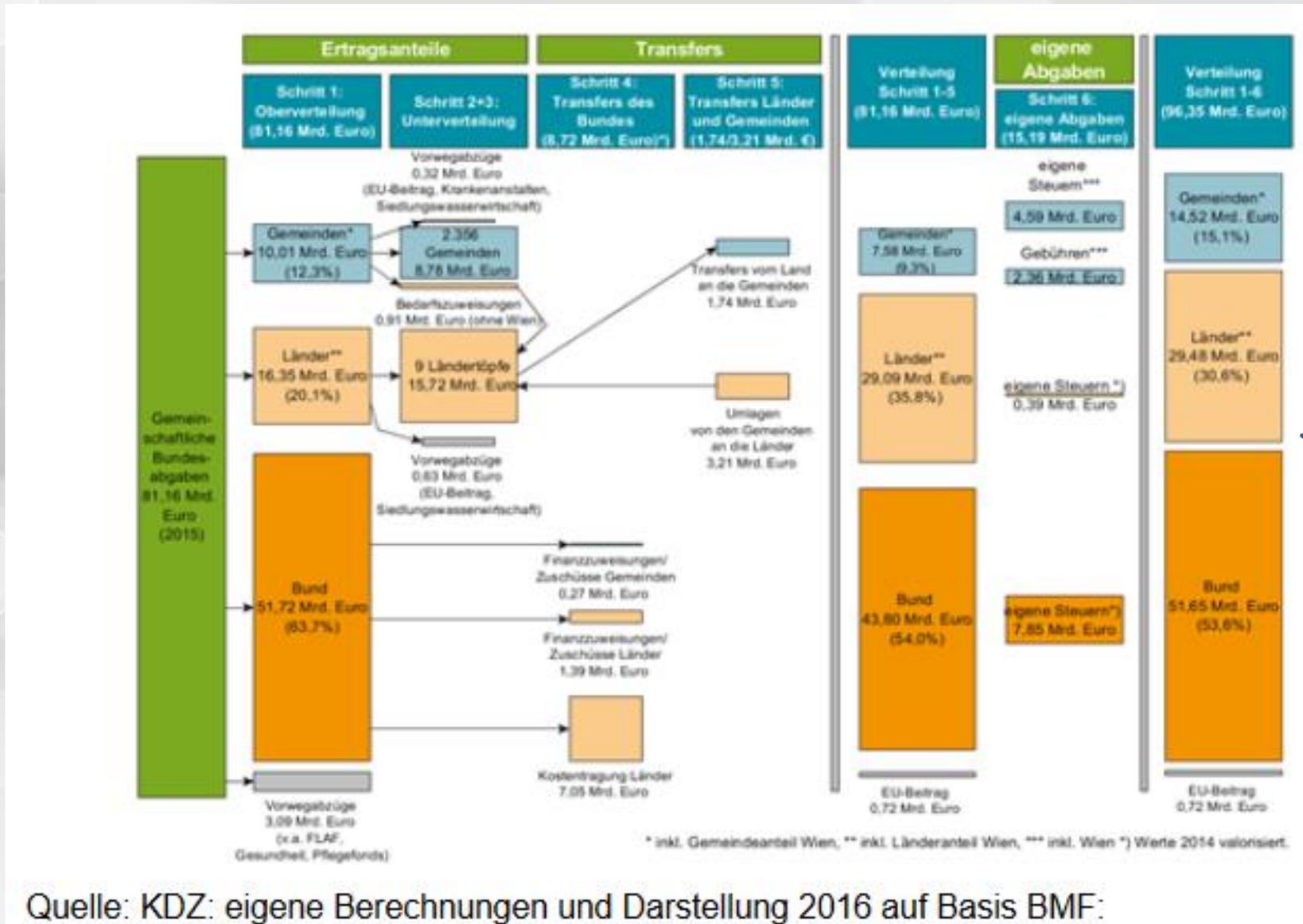
Der Finanzausgleich ist eine einvernehmliche Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Das geschieht alle vier bis sechs Jahre.

Bei den Gemeinden liegen die Einnahmen aus dem Finanzausgleich bei rund einem Drittel des Gemeindebudgets. Die anderen zwei Drittel nehmen Gemeinden aus eigenen Steuern (Kommunalsteuer, Grundsteuer) sowie über Gebühren, Abgaben und Dienstleistungen ein. Die Länder beziehen fast 100% der Einnahmen aus dem Finanzausgleich.

Wie funktioniert der Finanzausgleich?



Mitten in Hernals



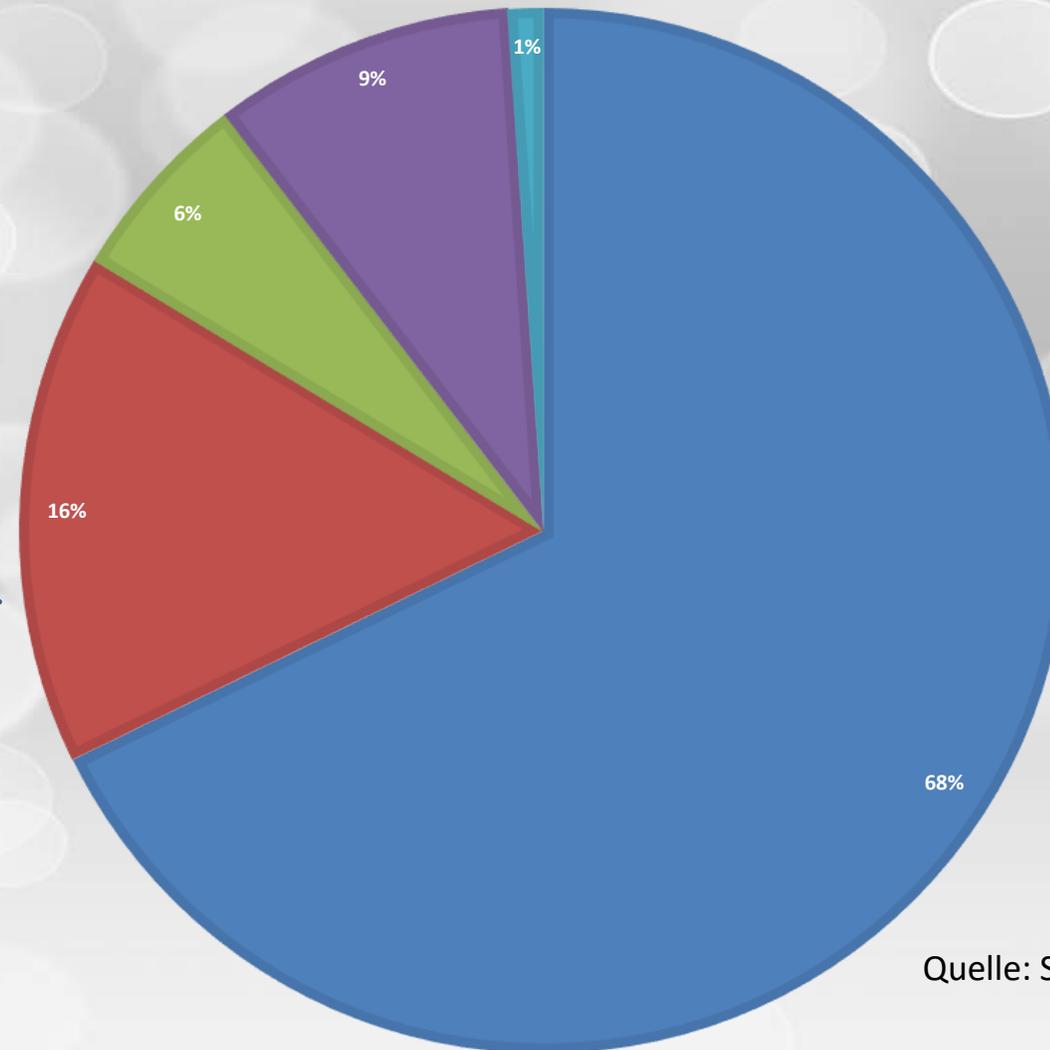
Keine einfache Sache ...

Anteile Bund, Länder & Gemeinden 2017



Mitten in Hernals

■ Bund ■ Länder ohne Wien insgesamt ■ Wien ■ Gemeinden ohne Wien insgesamt ■ Gemeindeverbände insgesamt



Aufteilung der gesamten Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften (ohne Sozialversicherungen)

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Ausgelaufen: Erbschaftssteuer

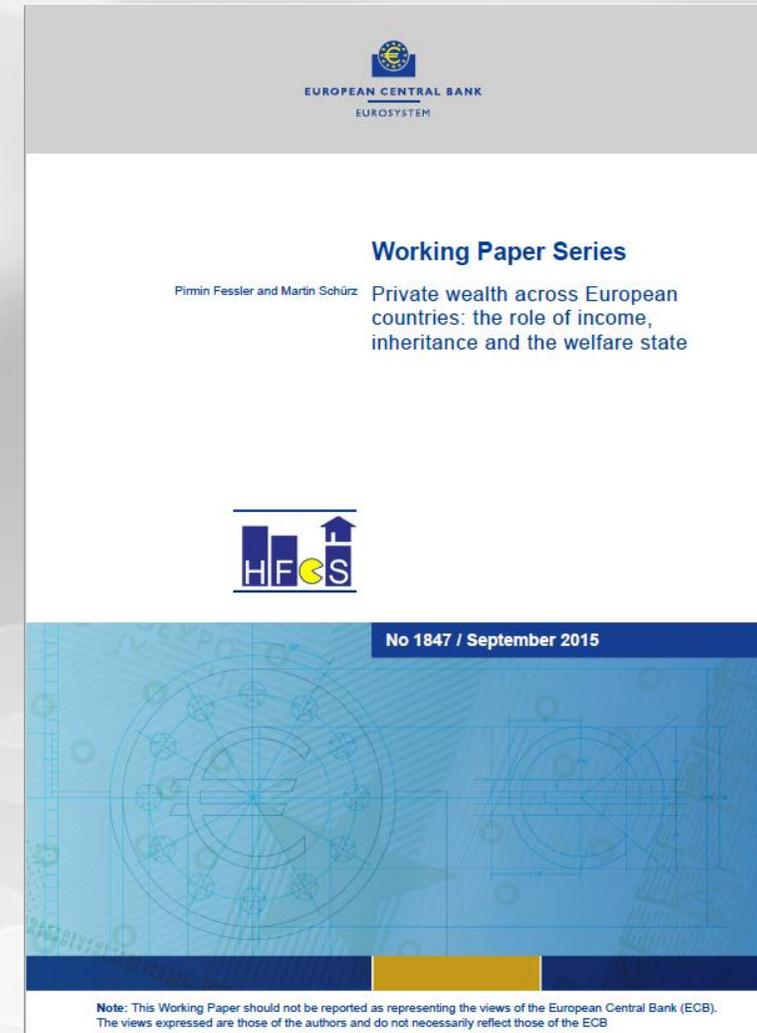


Mitten in Hernals

Da sich die Bundesregierung nicht auf eine Reform einigen konnte, ist seit 1. August 2008 die Erbschafts- und Schenkungssteuer in Österreich Geschichte.

Erbschaften spielen eine wesentliche Rolle bei der Weitergabe von Vermögen. In einem Working Paper der Europäischen Zentralbank haben Fessler und Schürz dieses Thema eindrucksvoll analysiert. Erbschaften sind der Schlüssel zur Erklärung der Vermögensungleichheit.

Wer erbt, der hat einen wachsenden Startvorteil.



Perspektiven der Erbschaftssteuer

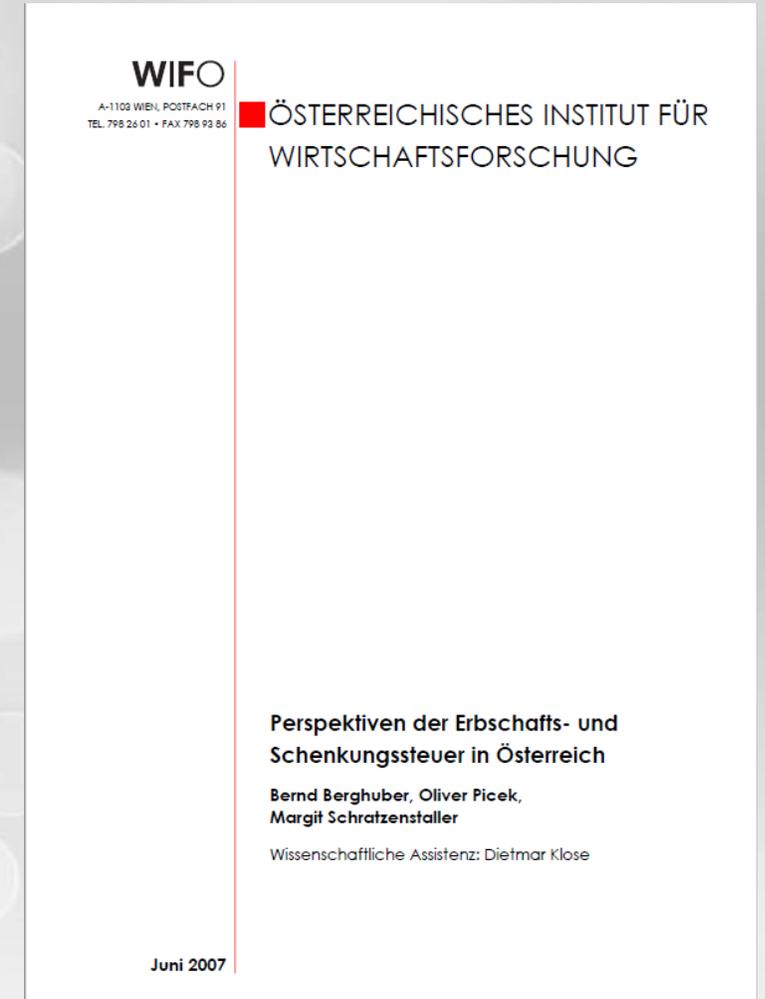


Mitten in Hernals

Das WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut) hat das Thema der Erbschaftssteuer aus alle Blickwinkeln analysiert.

Sind Vermögen und damit auch Erbschaften ungleich verteilt, bedeutet das eine ungleiche Verteilung der Startchancen. Die Besteuerung von Erbschaften trägt zur Verringerung ihrer Ungleichverteilung und damit auch für gleichere Startchancen bei.

Eine funktionierende Marktwirtschaft braucht eine möglichst faire Verteilung der Startchancen. Daher braucht es auch eine Besteuerung von Erbschaften. Höhere Erbschaften könnten höhere Steuern schultern als kleine Erbschaften.



Diskussion zur Erbschaftssteuer



Mitten in Hernals

Gegner und Befürworter der Erbschaftssteuer liefern sich immer wieder heftige Gefechte. Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung hat die Debatte in Deutschland und Österreich analysiert.

Von Seiten der Gegner wird der Eingriff in das private Vermögen bzw. Eigentum strikt abgelehnt. Dieses Argument kann aber nur von jenen verwendet werden, die das Vermögen aufgebaut haben. Die Erben selbst haben im Regelfall dazu keinen Beitrag geleistet.

Es wären aber nur die Erben von der Erbschaftssteuer betroffen.

Durch die steigenden Vermögen steigen auch die Erbschaften an.



Aufkommen der Erbschaftssteuer



Mitten in Hernals

Zwei Forscher der WU (Altzinger und Humer) haben unterschiedlichste Alternativen einer Erbschaftsbesteuerung analysiert.

Die möglichen Erträge bewegen sich bei 900 Mio. (proportionale Besteuerung 15%) bis 1,5 Mrd. Euro (progressive Besteuerung bis 25%) mit einem Freibetrag von 200.000 Euro.

Eine besondere Herausforderungen stellen Unternehmungen dar, die durch die Erbschaftssteuer nicht gefährdet werden sollen. Dafür braucht es eigene Lösungen (Verteilung der Steuerleistung über einen langen Zeitraum).

Simulation des Aufkommens verschiedener Erbschaftssteuern

Wilfried Altzinger, und Stefan Humer*

Wirtschaftsuniversität Wien (WU)

20. Dezember 2013

Zusammenfassung

Die umfassende Erhebung der Europäischen Zentralbank (EZB) zur finanziellen Situation der privaten Haushalte ermöglicht es erstmals, eine detailliertere Vorstellung über die Verteilung von Vermögen in Österreich zu gewinnen. Dieser neue Wissensstand ist der Ausgangspunkt für die vorliegende Studie, in der das Aufkommen einer Besteuerung von Vermögensübertragungen im Rahmen von Erbschaften abgeschätzt wird.

Die Ergebnisse zeigen, dass aufgrund der Struktur der Vermögensverteilung unter den privaten Haushalten in Österreich und dem demographischen Wandel ein starker Anstieg der aggregierten Vermögensübertragungen zu erwarten ist. Sowohl die Zahl der Vermögensübertragungen als auch deren durchschnittliche Höhe werden zunehmen. Das Aufkommen verschiedener Besteuerungsregelungen fällt je nach unterstelltem Freibetrag und angewandten Steuersatz unterschiedlich aus. Eine Verknüpfung relativ großzügiger Freibeträge mit progressiv ansteigenden Steuersätzen ermöglicht es, einen Großteil der Vermögensübertragungen nicht, oder nur in einem geringen Ausmaß, zu belasten und gleichzeitig doch ein durchschnittliches Aufkommen von etwa einer Milliarde Euro pro Jahr zu generieren.

*[1] shumer@wu.ac.at



Mitten in Hernals

Teil 2

Warum zahlen wir Steuern
und
was macht der Staat damit?

Staatsausgaben konsolidiert



Mitten in Hernals

Die staatlichen Einrichtungen (Bund, Länder, Gemeinden und die diversen Sozialversicherungen) sind durch vielfältige Vereinbarungen verbunden und übertragen aneinander Geldbeträge (z.B. Bundeszuschuss zu den Pensionen der Pensionsversicherung, Beiträge der Sozialversicherungen zur Krankenhausfinanzierung der Länder etc.).

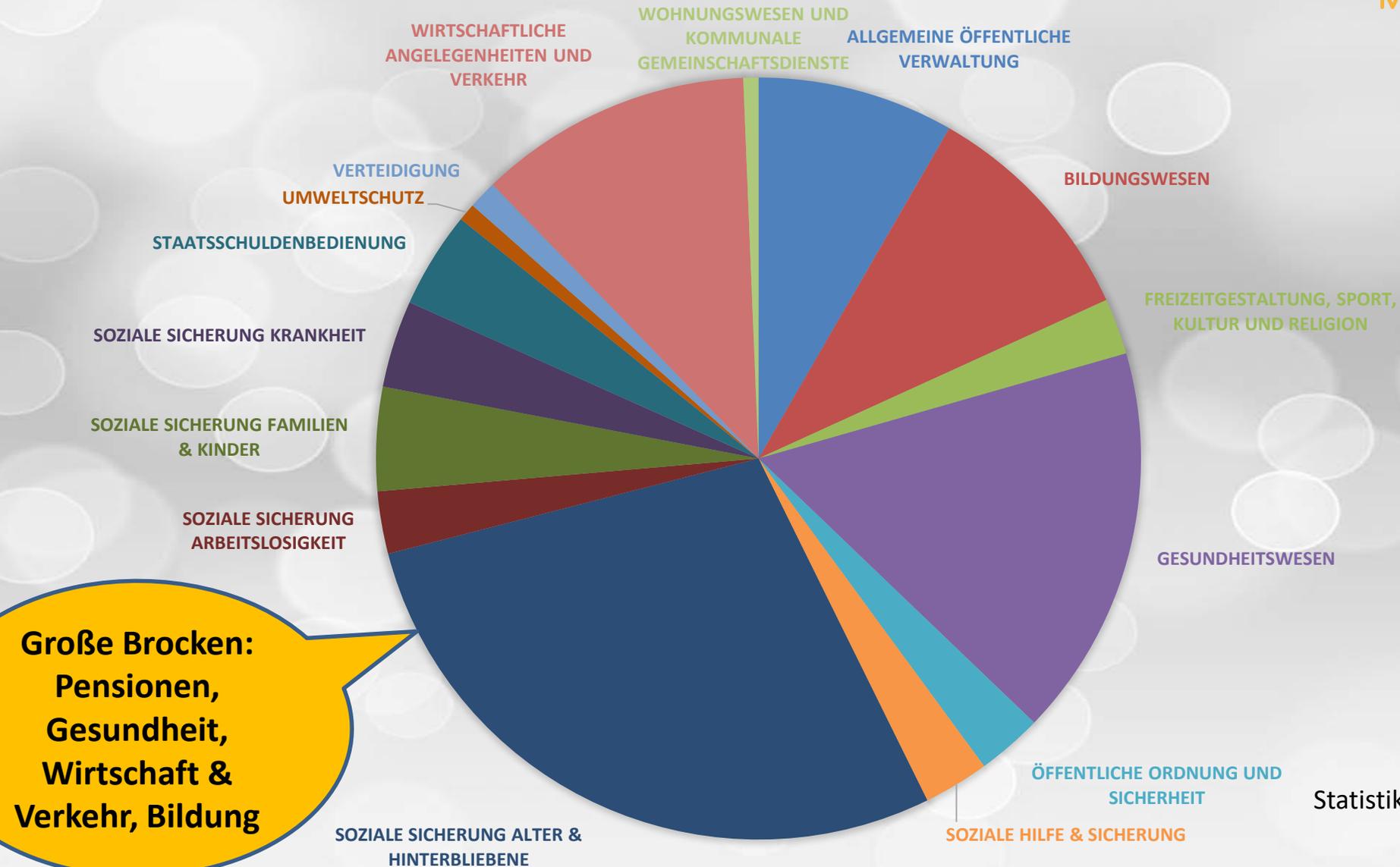
Bei der konsolidierten Betrachtung werden die gegenseitigen Verrechnungen ausgeblendet und es wird nur die tatsächliche Ausgabe betrachtet, die bei den Staatsbürgerinnen und -bürgern sowie bei den Unternehmungen und anderen juristischen Personen ankommt.

Im Jahr 2017 summierten sich diese Beträge über **alle Gebietskörperschaften (inkl. Sozialversicherungen)** auf mehr als **181 Milliarden Euro**.

Was macht der Staat mit dem Geld?



Mitten in Hernals



Statistik Austria, eigene Berechnungen

Größter Posten sind Sozialausgaben



Mitten in Hernals

6,724 Milliarden Euro wurden für Krankheit und Erwerbsunfähigkeit aufgewendet. Mehr als 46 Milliarden Euro wurden für die Altersversorgung (Pensionen, Pflegegeld, Pflegeheime etc.) aufgewendet.

Für die Versorgung der Hinterbliebenen wurden 5,104 Milliarden Euro eingesetzt.

Für Familien und Kinder wurden 8 Milliarden Euro verwendet.

Für Arbeitslosigkeit wurden 4,814 Milliarden Euro eingesetzt.

Für Soziale Hilfe wurden 3,858 Milliarden Euro eingesetzt.

In Summe machten die **Sozialausgaben** im Jahr 2017 in Österreich den stolzen Betrag von **75,929 Milliarden Euro** aus.

Das Geld geht an die Bürgerinnen und Bürger sowie an die Beschäftigten in den dafür erforderlichen Einrichtungen und an Dienstleistungsfirmen und andere Unternehmungen, die im Sozialbereich eingesetzt wurden.

Großer Posten sind Gesundheitsausgaben



Mitten in Hernals

4,152 Milliarden Euro wurden für Medikamente und medizinische Geräte und Ausrüstungen aufgewendet.

5,430 Milliarden Euro wurden für ambulante Versorgung (Ärzte) aufgewendet.

17,170 Milliarden Euro wurden für die stationäre Versorgung (Krankenhäuser) eingesetzt.

1,707 Milliarden Euro wurden in die Gesundheitsforschung investiert.

In Summe wurden für das **Gesundheitswesen** im Jahr 2017 **30,256 Milliarden Euro** bereit gestellt.

Das Geld geht an die niedergelassenen Ärzte und deren Beschäftigte, an die Krankenhäuser und deren Mitarbeiter, an die Pharmafirmen, Produzenten medizinischer Geräte und Ausrüstung und an Forschungseinrichtungen sowie an Dienstleistungsfirmen und andere Unternehmungen, die im Gesundheitsbereich eingesetzt wurden.

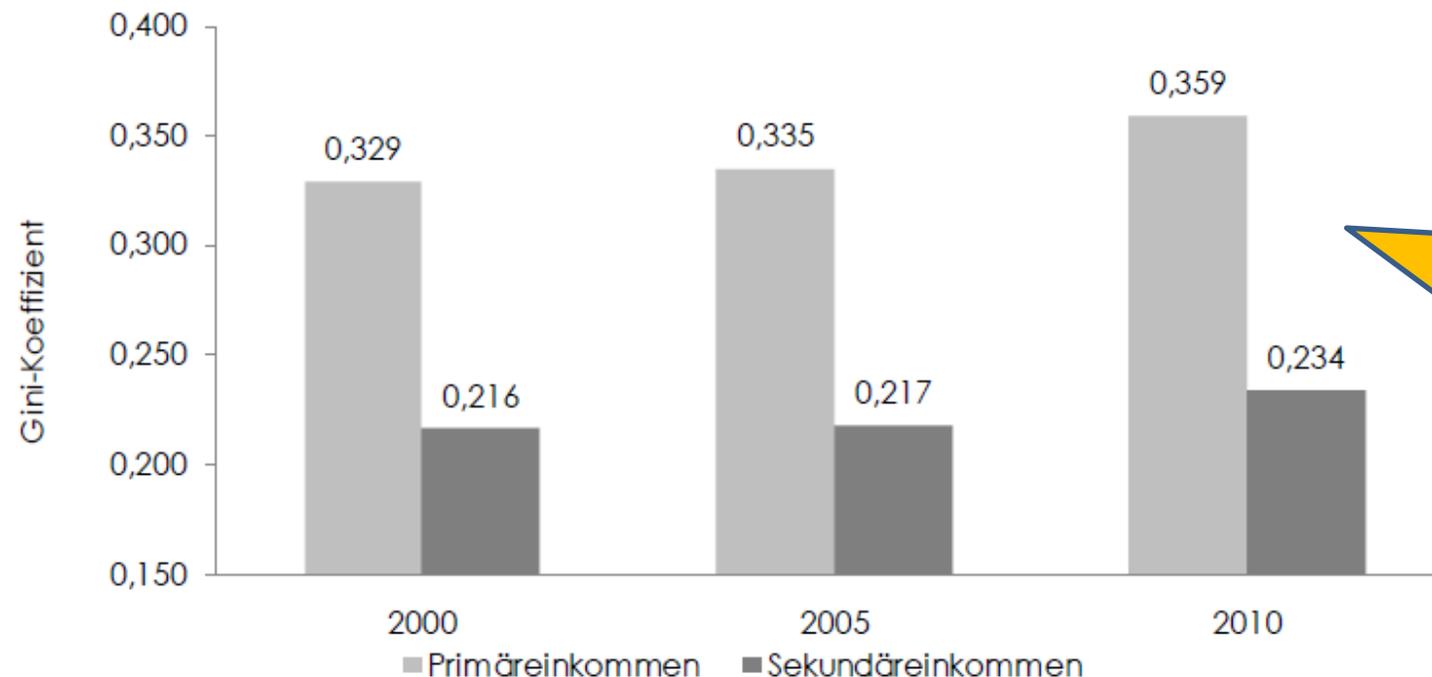
Umverteilung funktioniert durch den Staat



Mitten in Hernals

Das WIFO untersucht in regelmäßigen Abständen die Umverteilungswirkung der Staatsausgaben in Österreich. Die Ergebnisse sind eindeutig und klar. Die öffentlichen Ausgaben bewirken einen deutlichen Umverteilungseffekt.

Abbildung VI: Entwicklung der Verteilung vor und nach staatlicher Umverteilung



**1 = vollständige
Ungleichverteilung
0 = vollständige
Gleichverteilung**

Q: EU-SILC 2011 (Verwaltungsdatensatz), Konsumerhebung 2009/10, HFCS 2010, WIFO-Berechnungen.

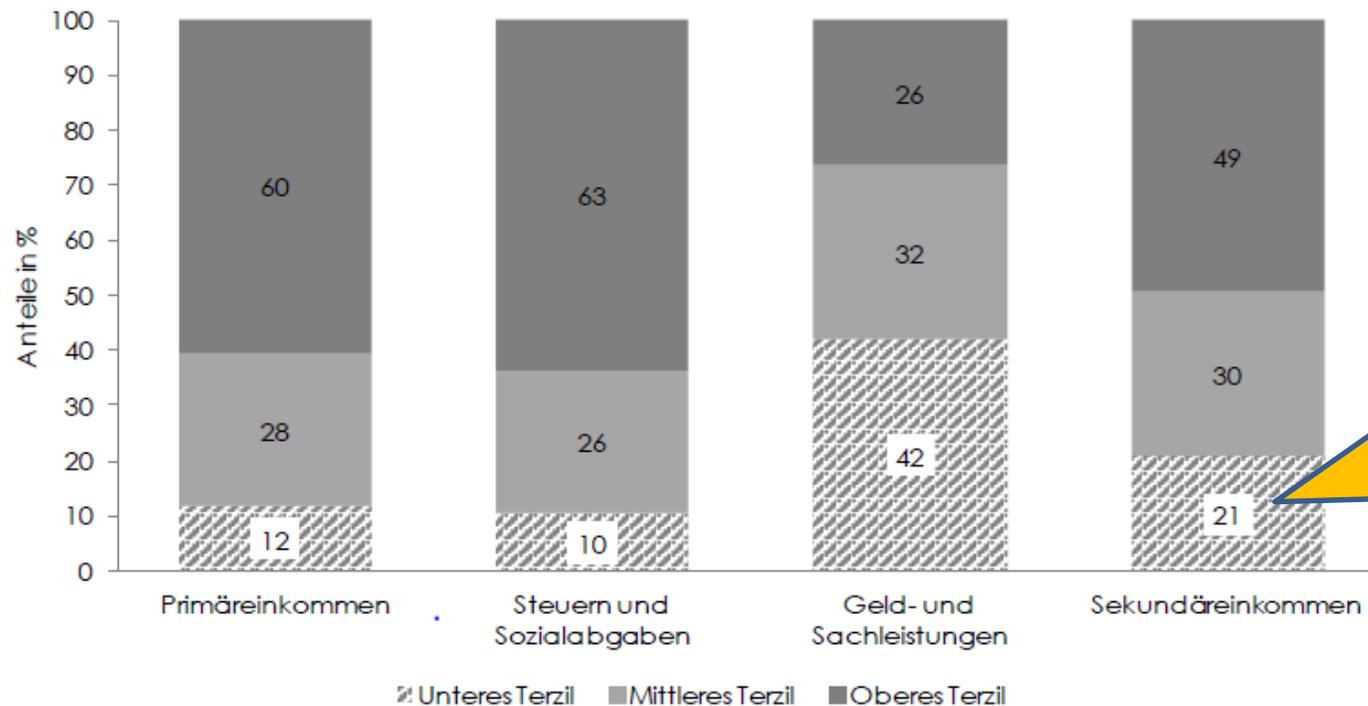
Umverteilung kommt bei Schwächeren an



Mitten in Hernals

Die Geld- und Sachleistungen des Staates (inkl. Sozialversicherungen) führt zu einer deutlichen Verbesserung der Situation des ärmeren Drittels der Bevölkerung.

Abbildung V: Von der Primär- zur Sekundärverteilung aller Haushalte, 2010



Statt nur 12% des Primäreinkommens erhält das untere Drittel 21% des Sekundäreinkommens (inkl. Geld und Sachleistungen)

Q: EU-SILC 2011 (Verwaltungsdatensatz), Konsumerhebung 2009/10, HFCS 2010, WIFO-Berechnungen. Abweichungen von 100% ergeben sich aus Rundungen der Ergebnisse.

Zweifel bezüglich der Effizienz des Staates



Mitten in Hernals

Öffentliche Einrichtungen hinterlassen selten den Eindruck großer Dynamik und Veränderungsbereitschaft. Als Bürgerinnen und Bürger leben wir aber in einer Welt der dauernden Veränderung. Alle Unternehmungen versuchen ständig besser zu werden. Wenn sich der öffentliche Bereich aber der Veränderung nicht stellen will, dann gibt es erhebliche Zweifel an der Effizienz staatlicher Einrichtungen.

Seit Jahren gibt es umfassende Analysen, aber die Umsetzung der erforderlichen Reformen geht nur sehr zäh voran. Das liegt auch daran, dass die Akteure in Politik und Bürokratie von Verwaltungsreformen unmittelbar betroffen sind.

Gerade der österreichische Föderalismus führt zu zahlreichen Doppelgleisigkeiten. Der durch den EU-Beitritt gewachsene Einfluss der Landeshauptleute erleichtert Reformen in Österreich leider nicht. Vorschläge einer wirksamen Reform des Bundesstaates werden nicht aufgegriffen.

Reform des Bundesstaates ist möglich



Mitten in Hernals

trend.

STANDPUNKTE

/ GASTKOMMENTAR /

RESPEKT.NET

Es braucht Mut

Acht prominente Autoren, ein gemeinsamer Kommentar, ein Aufschrei: Schon wieder traut sich eine Regierung nicht über eine Reform des Föderalismus, die diese Bezeichnung auch verdient hätte.

Das Regierungsprogramm dieser Bundesregierung sieht unter dem Titel „Moderner Bundesstaat“ sowohl eine Entflechtung der Kompetenzverteilung als auch eine Reduktion der gegenseitigen Zustimmungsrechte von Bund und Ländern vor. Der ehemalige Rechnungshofpräsident und jetziger Justizminister, Josef Moser, gab – nicht zuletzt aufgrund seiner in der Vergangenheit immer wieder geäußerten Reformvorschläge – Hoffnung auf eine wirkliche Neuordnung des Föderalismus.

Das „Kompetenzbereinigungs“-Paket, das jetzt vorliegt, ist allerdings äußerst bescheiden ausgefallen und lässt ambitionierte Reformbestrebungen weitestgehend vermissen.

Das Paket sieht eine klare Zuordnung jener Bereiche vor, in denen der Bund bisher „Grundsatzgesetze“ erlässt, die

dann von den Ländern mit den „Ausführungsgesetzen“ konkretisiert werden. Von den zwölf im Artikel 12 der Bundesverfassung geregelten Feldern werden nun bei neun die Kompetenzen neu zugeordnet. So wandern die Bereiche „Volksplegestätten“, „Mutterschafts-, Säuglings- und Jugendfürsorge“ (Kinder- und Jugendhilfe), die Regelungen über Thermalwasser („natürliche Heilvorkommen“) oder der Bereich „Bodenreform“ zu den Ländern.

An den Bund gehen etwa die Kompetenz bei der „Bevölkerungspolitik“ (zum Beispiel Maßnahmen zur Hebung der Geburtenzahl) oder bei den Gemeindevermittlungsländern.

Ein vorsichtiger, tastender Anfang, aber unserer Meinung nach bräuchte es ein viel beherrschteres und kraftvolleres Vorgehen, um die Zukunftsfähigkeit Österreichs abzusichern.

Wir haben über drei Jahre unter Einbindung von einschlägigen Experten über eine völlige Neuaufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern nachgedacht. Wir sind überzeugt, dass beide Gebietskörperschaften unverzichtbar sind. Beide sollten allerdings jene Aufgaben übernehmen, die sie jeweils am besten im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erledigen können.

Die Gesetzgebungskompetenz sollte daher unserer Ansicht nach ausschließlich beim Bund, also beim Parlament liegen, während Verordnungen von den Bundesministerien erlassen werden. Die Verwaltung dieser Gesetze und Verordnungen obläge hingegen ausschließlich den Ländern, weil sie viel näher an den Menschen sind. Die Länder sollten auch die gesamte Schul- und Sozialverwaltung innehaben, allerdings auf Basis von einheitlichen Bundesge-

setzen. Beim Bund blieben klassisch hoheitliche Aufgaben wie Äußeres, Landesverteidigung, innere Sicherheit, Hochschulen, Gesundheit, Steuern und Arbeitsmarkt. Das würde auch bedeuten, dass sämtliche Landesspitäler dem Bund übertragen und vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger zu verwalten wären.

Da in diesem System der Nationalrat viel wichtiger wäre, soll er von 183 auf 199 Mandate vergrößert werden. Die Schaffung von 99 Direktwahlkreismandaten würde für eine ausreichende Berücksichtigung der Bundesländerinteressen sorgen. Der Bundesrat würde abgeschafft, auch eine Landeshauptleutekonferenz als informelles Koordinierungsgremium wäre obsolet. Dafür bekämen die Landeshauptleute und ihre Stellvertreter mehr Gewicht. Beide wür-

den nach wie vor von einem verkleinerten Landtag bestimmt, der wiederum wie bisher bei Landtagswahlen gewählt, allerdings nur noch als Kontrollorgan fungieren würde. Komplizierte 15a-Vereinbarungen, die das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Gemeinden heute regeln, wären ebenso passé wie die komplexen und undurchsichtigen Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Hingegen wäre der Ausgangspunkt für das neue System ein umfassender Kassasturz, der alle finanziellen Altlasten schonungslos auf den Tisch brächte.

Der Bund, der in Zukunft auch alle Steuern einheben soll, übernehme dabei sämtliche Schulden und Haftungen der Länder und würde den Ländern und Gemeinden jährliche Gesamtbudgets zuteilen. Der Beschluss dafür fiel

im Nationalrat. Im Gegenzug dürften die Länder keine Schulden mehr machen und auch keine neuen Haftungen mehr eingehen. Ausgenommen davon wäre der sogenannte privatwirtschaftliche Bereich. Ein Bundesland könnte also weiterhin ein Museum oder einen Energieversorger betreiben, mit eigenständiger wirtschaftlicher Verantwortung, aber natürlich kontrolliert vom zuständigen Landtag. Die hier skizzierte Neugestaltung Österreichs würde eine Gesamtänderung der Verfassung bedeuten und wäre somit zwingend einer Volksabstimmung zu unterziehen.

Für diesen Schritt braucht es Mut, Überzeugungsarbeit und einen zukunftsorientierten, konstruktiven Veränderungs- und Gestaltungswillen – es wäre allerdings das schönste, weil historische Geschenk zum 100 Jahr Jubiläum der Republik.

„Wir haben drei Jahre über eine völlige Neuaufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern nachgedacht. Was die Regierung jetzt beschließt, ist ein Anfang, aber zu vorsichtig.“

„Ausgangspunkt für unser neues System wäre ein umfassender Kassasturz. Die Länder dürften keine Schulden mehr machen.“

DIE AUTOREN +++ DIE AUTOREN +++

→ **UNTER DEM DACH** der Plattform Respekt.net, gegründet von Martin Winkler, diskutierte die hochkarätige Gruppe (rechts) drei Jahre eine Föderalismusreform. Im Wahlkampf 2017 und knapp vor Angelobung des Kabinetts Kurz/Strache präsentierte sie ein Forderungspaket für einen modernen Staat. Jetzt melden sich alle sich in einem gemeinsamen Kommentar für den trend wieder zu Wort.



BRIGITTE EDERER.
Ehemalige EU-Staatssekretärin, Siemens-Chefin Österreich sowie Siemens Personalchefin weltweit.



HANS PETER HASELSTERN.
Bauunternehmer, Industrieller, ehemaliger Abgeordneter des Liberalen Forums.



HEIDE SCHMID.
Ehemalige Chefin des Liberalen Forums und Präsidentschaftskandidatin.



KARL SEVELDA.
Generaldirektor der Raiffeisenbank International, jetzt aktiver Unterstützer der Parlamentarierpartei Neos.



TEREZIA STOISITS.
Langjährige Grüne Politikerin in und Volkswirtschaft.



WERNER MUHL.
Ehemaliger Direktor der Arbeiterkammer.



MARTIN WINKLER.
Gründer der überparteilichen Plattform Respekt.net, die gesellschaftliche Veränderungen befördern will.



HERBERT PAIARL.
ehemaliger ÖVP-Politiker, heute Unternehmer.

Politische Bildung in der Praxis

Es braucht eine unabhängige Prüfung



Mitten in Hernals

Der Rechnungshof auf Ebene des Bundes und auch auf Ebene der Bundesländer erfüllt eine wichtige Aufgaben bei der Überprüfung der Verwaltungseffizienz. Er präsentiert regelmäßig eine lange Liste mit Vorschlägen zur Vereinfachung und Effizienzsteigerung in der Verwaltung.

Die politischen Akteure müssen sich auch dem Verfassungsgericht, der Nationalbank und dem ORF als unabhängige Kontrollinstanzen stellen.

Kritisch ist eine Machtkonzentration, wenn alle Prüfeinrichtungen im Staat von einer Partei kontrolliert werden, insbesondere wenn diese Partei die Regierung dominiert.

Heute wird in Österreich der Rechnungshof, der Verfassungsgerichtshof und die Nationalbank von ÖVP-nahen Präsidenten geleitet. Nur mehr die Führung des ORF ist (noch) nicht von der Regierungspartei ÖVP bestimmt. Es bleibt spannend, ob das System der Checks und Balances in Österreich komplett ausgehebelt wird.



Mitten in Hernals

**Vielen Dank
für die Aufmerksamkeit!**